



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein
Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 57

Blankenfelde, im August 2010

Unser Anspruch: in den INFOS können Sie lesen, was sie so oder gar nicht über die Medien erfahren. In der INFO lesen Sie die Geschichte hinter den Geschichten. Wir informieren ungeschminkt über Fakten, die helfen sich eine Meinung über die Wahrheit zu bilden. Verpflichtet sind wir nur dem Bürger der sich mit politischen Entscheidungen abfinden soll.

Gemeinsame Informationsveranstaltungen der Schutzgemeinschaft und des BVBB

am 03. Sept. 2010 um 18:30 Uhr in der Mehrzweckhalle in der Schulstraße in Zeuthen (für den östlichen Teil der Region)

und

am 24. Aug. 2010 um 18:30 Uhr in der Markthalle „Schloss Diedersdorf“

(für den westlichen Teil der Region)

werden der Vorsitzende der Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden, Bürgermeister Carl Ahlgrimm (Großbeeren), die Vorsitzende des BVBB, Astrid Bothe, RA Frank Boermann, der Ehrenvorsitzende des BVBB, Ferdi Breidbach und der Bürgermeister Frank Gerhard (Ludwigsfelde) zu den aktuellen Problemen der Folgen des BBI und den gemeinsamen Positionen zur Durchsetzung von Forderungen im Sinne der Betroffenen Stellung beziehen.

Zu diesen wichtigen Veranstaltungen rufen wir zur Teilnahme auf. Auch durch die Teilnehmerzahl muss deutlich werden, dass die Betroffenen nicht bereit sind sich dem Diktat der Politik zu beugen.

Führungskräfte und Mitarbeiter von Fluggesellschaften sollen nicht in BBI Einflugschneise wohnen

Wer immer noch geglaubt hat das wohnen und leben in der Einflugschneise mit 1000 Überflügen am Tage und über 100 in der Nacht, zwischen Müggelheim/Gosen und Ludwigsfelde lebenswert ist, der hat nun für seinen Glauben eine saftige Ohrfeige bekommen.

Ganze Heerscharen (Zukunftagentur Brandenburg(ZAB), Brandenburg Aerospace Alliance (BBAA), Wirtschaftsgesellschaften Berlin Partner), angeführt von einem sich so nennenden „Relocation – Service“ für zuziehende Menschen, kümmern sich um das Wohl von erwarteten zuziehenden Managern, Piloten, Stewardessen und anderen Angestellten der Flugbranche. Sie helfen beim Umzug, der Grundstücks – und Wohnraumsuche oder der Suche nach Kinderbetreuung, Schulen und Freizeitmöglichkeiten. Selbstverständlich übernehmen diese „Lotsen“ für Zuzügler auch alle Behördengänge. Ein wahres Luxusprogramm für Besserverdienende mit sicheren Arbeitsplätzen.

Für alle vom Fluglärm betroffenen Bewohner klingt es wie Hohn und Spott, wenn diese Armada von Hilfskräften für Zuzügler verkündet, dass passender Wohnraum, die schöne Penthousewohnung, das schicke Einfamilienhaus oder die kleine aber auch schicke Wohnung für die Stewardess natürlich **außerhalb der Einflugschneise des BBI liegen muss**. Dafür aber Golfplatz und diverse Freizeitmöglichkeiten in der Nähe.

Mit dieser „Ansiedlungspolitik“ wird dann dem letzten Fluglärm-betroffenen klar gemacht, dass er abgeschrieben ist, in einer Region wohnt die die für Fluglärm und BBI-Standort Verantwortlichen als nicht mehr lebenswert und unzumutbar für das Personal halten das vom Fluglärm profitiert. Wir nennen diese für die menschenverachtende Politik Verantwortlichen beim Namen. Sie heißen: Wowereit und Platzeck, im Gefolge mit den politischen Parteien SPD, CDU, FDP, Grüne und Linke, die diese Schandpolitik decken und befördern. Nie haben sie daran gedacht sich um die Betroffenen und ihre Problem auch nur im Ansatz so zu kümmern, wie sie es nun für die Profiteure tun. Die Betroffenen werden dafür abgespeist mit Wertverlusten ihrer Grundstücke, einem miserablen Schallschutzprogramm, mit Kindern in Akustikkäfigen, die sich noch Schulen und Horte nennen dürfen, Zerstörung ihres Lebensraums, Gesundheitsschäden für Erwachsene und Kinder, einer Luftverschmutzung durch Kerosinverbrennung. Wir fragen: wo bleibt vor dem Hintergrund dieser dreisten und menschenverachtenden Politik ein Aufstand der Anständigen?

**SO MIT UNS
NICHT**

Die Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden wird deutlich - Ludwigsfelder Protest gegen Nachtflug

Als sich am 22.06. 2010, 18: Uhr, ca. 200 Ludwigsfelder Bürger zum Protest gegen den geplanten BBI – Nachtflug und gegen die geplante Änderung der Nachtflugbestimmungen des Luftverkehrsgesetzes (§29b) vor dem Ludwigsfelder Rathaus versammelten, konnte die Bürger noch nicht ahnen mit welcher Deutlichkeit die Redner den Kampf gegen den Nachtflug ansagten.

Eingeladen zum Protest hatten alle Fraktionen der Gemeindevertretung und die Schutzgemeinschaft. Bürgermeister Gerhard (Ludwigsfelde) gab mit unzweideutigen Worten das Kampfziel an. Er fordert MP Platzeck und alle anderen Verantwortlichen auf im Interesse der Gesundheit der Bürger sein Ziel, am BBI nach seiner Eröffnung auch zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr zu fliegen, sofort aufzugeben. Wer einen Flughafen am falschen Standort baut, darf nicht anschließend noch rücksichtslose Nachtflüge haben wollen.

Bürgermeister Gerhard begrüßte ausdrücklich auch den Ehrenvorsitzenden des BVBB Ferdi Breidbach und erklärte, dass die Zusammenarbeit mit dem BVBB im Sinne einer Stärkung der Protestgemeinschaft unverzichtbar sei.

Der neue Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Carl Ahlgrimm (Großbeeren) verurteilte die Versuche die schon geringen Nachtschutzrechte aus den Bestimmungen des Luftverkehrsgesetzes nun durch seine geplante Änderung endgültig auszuhebeln, um eine sichere Rechtsgrundlage für Nachtflüge zu bekommen. Ahlgrimm schildert das dubiose Zustandekommen der Gesetzesinitiative der Bundesregierung. Mit den Argumenten des BVBB entlarvte er, dass die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen“(ADV, Lobbyorganisation) in schönster Eintracht mit den BBI – Flughafengesellschaftern Wowereit, Platzeck und ihren Verkehrsministern die gewollte Gesetzesänderung in das Koalitionspapier der Bundesregierung transportiert haben. Er forderte, dass nun Platzeck und Wowereit mit diesen unglaublichen Versuchen Gesetze zu manipulieren sofort Schluss machen und im Bundesrat dieses Gesetz durch Ablehnung zu Fall zu bringen. Mit dieser Forderung sei er sich einig mit dem BVBB.

Kommentar des BVBB

Diese Protestveranstaltung und die dort bezogenen Positionen die der Vorsitzende der Schutzgemeinschaft, Carl Ahlgrimm und Bürgermeister Gerhard bezogen haben, sind ein gute Basis die Reihen zwischen der Schutzgemeinschaft und dem BVBB im Interesse aller betroffenen Bürger fest zu schließen. Der BVBB ist zuversichtlich, dass mit dem neuen Vorsitzenden der Schutzgemeinschaft und dem Vorstand wieder sachbezogen zusammen gearbeitet werden kann und dabei der Respekt für mögliche unterschiedliche Positionen die Zusammenarbeit bestimmt.

Lärmschutz ein Projekt des Ärgers

Wir können es nicht mehr zählen wie oft, in welchen Broschüren, Propagandablättchen, in welchen Varianten, mit welchen angeblichen Änderungen die FBS ihr Lärmschutzprogramm wie „saures Bier“ den Betroffenen servieren. Neuer Höhepunkt mit wieder neuen Ankündigungen zu Änderungen ist in der „Heile Welt“ Propagandazeitung „Airport“ (Sommer 2010) der FBS nachzulesen. Angeblich haben 13.600 von angeblich 25.500 Anträge auf Schallschutz bei der FBS eingereicht. Davon sollen 8.500 in Bearbeitung sein und für „knapp“ 400 schon Kostenvereinbarungen abgeschlossen sein. Das ist das Ergebnis von über einem Jahr Propaganda. Nun muss man die Frage stellen wie viel Jahre vergehen, bis mit 25.500 Betroffenen Kostenvereinbarungen geschlossen wurden. Bei diesem Tempo geht es dann um Jahrzehnte. Dazu stellt der BVBB fest: Das ganze Verfahren ist ein Moloch, der seine Ursache im Willen der Gesellschafter Wowereit und Platzeck hat, nur einen Schallschutz nach „Billigheimerlösung“ zu gewährleisten und dabei die Rechte der Betroffenen zu verkürzen. Den Herren sei gesagt: Die Betroffenen haben jedes Vertrauen in die FBS und die verantwortlichen Politiker verloren. Sie wissen, im Zweifel müssen sie sich auf jahrelange Rechtsstreitigkeiten einlassen, wenn sie dem Diktat „Vogel friss oder stirb“ nicht folgen wollen.

Der BVBB hat einen Vorschlag wie das Schallschutzproblem unbürokratisch und ohne Kujunierung gelöst werden kann. Nur die Ignoranten sind und waren nie bereit, sich unsere Vorschläge anzuhören. Bürgerbewegungen sind eben Staatsfeinde, wenn sie nicht brav das hohe Lied der Politik singen. Lärmschutz ein Projekt des Ärgers

Die BBI Flugrouten sind entscheidend für eine mögliche Lärmentlastung

Die Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden und der BVBB haben zur möglichen zukünftigen Flugroutenregelung gemeinsam einen Gutachter beauftragt. Ziel ist ein eigenständiges Konzept für Flugrouten, An – und Abflüge für den Flugbetrieb nach Eröffnung des BBI. Wir werden die Initiative für eine solche Regelung nicht der „Deutschen Flugsicherung, der Luftfahrtabteilung der Länder Brandenburg/Berlin oder der FBS überlassen, erklären der Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Bürgermeister Carl Ahlgrimm (Großbeeren) und die Vorsitzende des BVBB Astrid Bothe. Nach allen Erfahrungen muss verhindert werden, dass die Flugroutenregelung im Interesse der Flughafengesellschaft oder der Airlines durchgesetzt wird, sondern sich ausschließlich am Interesse des Lärm- und Gesundheitsschutzes für die über 100 000 Menschen orientiert, die vom Fluglärm betroffen werden. Spätestens Anfang September 2010 werden Schutzgemeinschaft und BVBB ihr Flugroutenkonzept öffentlich machen.

Der hinterhältige Versuch durch geplante geräuschlose Änderung des § 29b des Flugverkehrsgesetzes muss im Bundesrat scheitern

So hatten es sich die Flughafengesellschaften in Berlin und Brandenburg, vertreten durch die FBS – Aufsichtsräte Wowereit (SPD) und Platzeck (SPD), gedacht: wir beschließen in der Flughafenlobbyorganisation „Arbeitsgemeinschaft Deut-

**SO MIT UNS
NICHT**

scher Verkehrsflughäfen“ (ADV) den letzten Stolperstein für Nachtflugverbote aus dem Weg zu räumen. Gleichzeitig schieben wir den Gerichten, die aufgrund des aktuellen § 29b noch den Rest von Nachtruhe wahren wollen, eine Gesetzesformulierung unter, die für Nachtruhe keinen Entscheidungsspielraum mehr zulässt. So geschehen durch Beschluss der ADV im Januar 2009. Dieser Beschluss wurde dann in das Koalitionspapier der Schwarz/Gelben Bundesregierung geschmuggelt, die nun fleißig mit einem Referentenentwurf an der Änderung bastelt.

Der eigentliche Skandal dieses hinterlistigen Versuchs möglichst klammheimlich eine Gesetzesänderung zu bewerkstelligen ist aber die Tatsache, dass die Verkehrsminister der Länder, so auch Brandenburg und Berlin, als Mitglieder solche Beschlüsse der ADV gleich mit fassen. Da stellt sich die Frage, was ist das für eine Republik, für ein Rechtsstaat, in dem Beamte Mitglied von Lobbyorganisationen sind, die rücksichtslos wirtschaftliche Interessen der Flughafengesellschaften vertreten.

Der BVBB hat in bisher unbeantworteten Briefen Wowerit (SPD) und Platzeck (SPD) aufgefordert nicht nur aus Gründen politischer Hygiene ihre Beamten sofort aus der Lobbyorganisation abzuziehen und im Bundesrat gegen ein Gesetz zu stimmen, das den betroffenen Menschen den letzten Rest der Nachtruhe rauben soll. Es ist beschämend, dass nun die neue Rot/Grüne NRW-Landesregierung erklärt hat, sie werde im Bundesrat gegen die geplante Änderung stimmen. Beschämend, weil in Berlin und Brandenburg offensichtlich Wowerit (SPD), Platzeck (SPD) und die Abgeordneten von SPD, CDU, Linke, FDP und Grüne zu diesem Vorgang schweigen. So machen sie sich dann auch mitschuldig an einer Politik, die mit Rechtsstaat wenig, mit Bananenrepublik aber alles zu tun hat. Dazu gehört dann auch, dass die „Vierte Gewalt“ die Medien sich über solche Praktiken in Schweigen hüllen.

Der ergänzende Planfeststellungsbeschluss zur BBI – Nachtflugregelung steckt im Sumpf unvollständiger Akten

Klägeranwälte von BVBB und Schutzgemeinschaft und das Bundesverwaltungsgericht reagierten

Die Anwälte des BVBB und der Schutzgemeinschaft staunten nicht schlecht, als sie erstmalig beim Bundesverwaltungsgericht in die Akten Einsicht nehmen konnten, die die Planfeststellungsbehörde des Landes Brandenburg an das Bundesverwaltungsgericht überwiesen hatte. Ohne Schwierigkeiten entdeckten sie geschwärzte Akten von Fluggesellschaften, die dem Gericht und den Klägern einen Einblick in ihre Nachtflugbegründungen verweigern wollten. „Betriebsgeheimnis“ erklärte die Behörde gegenüber dem Gericht, geht die Kläger nichts an wie Nachtflüge begründet werden. Sie haben gefälligst zu schlucken, dass wir zwischen 22: 00 und 6:00 fliegen wollen.

Aber es kam noch dicker! In den Akten fehlten ganze Vorgänge zu Gesprächen mit der Flughafengesellschaft, Vertragsunterlagen mit Gutachtern und Aufzeichnungen über diverse Gespräche, die wohl als Geheimgespräche eingestuft wurden. Der unglaubliche Skandal, den man auch als kriminell bezeichnen kann, besteht aber darin, dass die Akten vor Versendung an das Bundesverwaltungsgericht um die fehlenden Vorgänge beseitigt wurden. Erst nach „Bereinigung“ wurden die Vorgänge einzeln nummeriert (paginiert), um Anwälten und Gericht vorzutäuschen, dass die Akten vollständig seien. Mit Schlamperei sind solche Machenschaften nicht mehr begründbar. Sicher auch darum hat das Gericht in ungewöhnlicher Form reagiert und die Planfeststellungsbehörde aufgefordert ungeschwärzte Akten beizubringen (was zwischenzeitlich geschehen ist) und sich in einem „Rechtsgespräch“ im Beisein der Klägeranwälte zu erklären.

Dieses Gespräch fand am 21. Juni 2010 vor dem 5. Senat des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig, statt. Das Ergebnis der Befragung durch die Berichterstatterin, Frau Bundesverwaltungsrichterin, Bundesrichterin Dr. Philipp, muss als eine niederschmetternde Ohrfeige für das Land Brandenburg gewertet werden. Jetzt gibt es gerichtliche Fristen, zu denen verweigerter Aktenvorgänge nachgereicht werden müssen. Geschwärzte Akten werden nicht mehr akzeptiert und das von der Planfeststellungsbehörde eingereichte Lärmschutzgutachten muss so nach geschrieben werden, so, dass es den Ansprüchen eines Gutachtens entspricht. Dies, weil aus dem Gutachten nicht belegbar ist wie Die Behörde 100 Nachtflüge begründet.

Mit diesem unglaublichen Vorgang hat die Planfeststellungsbehörde jede Glaubwürdigkeit gegenüber Klägern und dem Bundesverwaltungsgericht verspielt. Der Skandal ist wohl einmalig in der Geschichte eines Rechtsstaates. Er ist auch ein Ausweis für eine unfähige oder unwillige parlamentarische Kontrolle der Abgeordneten im Brandenburger Landtag. Sie schweigen und sehen zu wie rechtsstaatliche Prinzipien, Verfassungs – und Verfahrensgrundsätze, ignoriert und mit Füßen getreten werden. Sie dürfen sich darum nicht wundern, wenn sie wie die Regierungen die sie kontrollieren müssen wegen organisierter Verstöße gegen Gesetz und Verfassung als Verfassungsfeinde bezeichnet werden können. Feinde der Verfassung stehen eben nicht nur Links oder Rechts. Gefährlicher wegen ihrer Machtbefugnis sind Feinde die mitdrin stehen. Auch dieses Verhalten macht Parteienverdrossenheit den Hof, bestätigt den schon vorhandenen Vertrauensverlust in die Parteien und Parlamente.

Mit diesem unglaublichen Vorgang hat die Planfeststellungsbehörde jede Glaubwürdigkeit gegenüber Klägern und dem Bundesverwaltungsgericht verspielt. Der Skandal ist einmalig in der Geschichte eines Rechtsstaates. Er ist auch ein Ausweis für eine unfähige oder unwillige parlamentarische Kontrolle der Abgeordneten im Brandenburger Landtag. Sie schweigen und sehen zu wie rechtsstaatliche Prinzipien, Verfassungsgrundsätze, ignoriert und mit Füßen getreten werden. Sie dürfen sich darum nicht wundern, wenn sie wie die Regierung die sie kontrollieren müssten, wegen organisierter Verstöße gegen Gesetz und Verfassung als Verfassungsfeinde bezeichnet werden können. Feinde der Verfassung stehen eben nicht nur Links oder Rechts. Gefährlicher wegen ihrer Machtbefugnis sind Feinde die mitdrin stehen.

Lügen haben kurze Beine -

wie Wowerit und Platzeck über den BBI – Eröffnungstermin geschwindelt haben

Bis Anfang Juni 2010, mit dem Höhepunkt des BBI – Richtfestes am 05.Mai 2010 tönnten Wowerit (SPD), Platzeck (SPD) und der Flughafenchef Schwarz: im November 2011 ist es so weit, der neue BBI nimmt seinen Betrieb auf. Natürlich bei Einhaltung des Zeit und Kostenrahmens. Als sie diese dreiste Propagandalüge wiederholt verbreiteten, wussten die Herren schon wenigstens 42 Tage vor dem Richtfest, dass weder der Eröffnungstermin noch der Kostenrahmen eingehalten

**SO MIT UNS
NICHT**

würden. Ausweislich des Protokolls der Aufsichtsratsitzung der FBS vom 26. März 2010 (TOP 5.4.1. Controllbericht) war unzweideutig klar, dass weder der Kostenrahmen noch der Eröffnungstermin November 2011 eingehalten werden konnte. Weil wir nicht unterstellen, dass Wowereit und Platzeck taub sind, Berichte der Geschäftsführung wegen autistischer Veranlagung nicht lesen können bleibt nur die Schlussfolgerung: sie haben über Wochen die Öffentlichkeit beschwindelt. Als dann Anfang Juni 2010 der Schwindel aufflog, kam die große Stunde der faulen Ausreden. Nur diese Ausreden, von neuen Scannern zur Sicherheitsüberprüfung, Bauverzögerungen bis zu Planungsverzögerungen durch ein im Februar 2010 pleite gegangenes Planungsunternehmen waren eben schon Gegenstand der Aufsichtsratssitzung am 26.03.2010.

Der BVBB hatte schon Ende April, für die Medien wohl nicht glaubwürdig, veröffentlicht (www.bvbb-ev.de), dass es mit dem Eröffnungstermin November 2011 nichts wird. Schon früher hatten uns „Vöglein aus dem Nest der FBS gesungen“, dass der Novembertermin wegen Bau- und Planungschaos platzen wird.

Nun tönen Platzeck, Wowereit und ihre sonstigen Protagonisten: Im Juni 2012 ist es so weit. Dieser Termin steht und das nur zu Mehrkosten von ca. 150 Mio.€. Um der Wahrheit zu dienen melden wir nun, dass uns die gleichen „Vöglein“ gesungen haben, dass auch dieser Termin nicht eingehalten wird, von Mehrkosten ganz zu schweigen. Spätestens im letzten Quartal 2011 „wird Wowereit einen neuen Eröffnungstermin verkünden“, so das „Vöglein“. Mal gespannt, welche Lügen und faulen Ausreden dann herhalten müssen, um die nächste Strophe des Pleiten-, Pech- und Pannen – Liedes BBI der staunenden Öffentlichkeit zu verkaufen.

In jedem anständig geführten Unternehmen hätten der Flughafenchef und sein Aufsichtsratsvorsitzender Wowereit schon längst die Kündigung bekommen. Grund: Unfähigkeit und Vertuschung von Fakten zum Nachteil der Eigentümer, hier der Steuerzahler.

Bruchlandung des Rosinenbombers - knapp an einer Katastrophe vorbei

Als am Samstag den 20. Juni 2010 der Rosinenbomber gegen 15:45 Uhr nur wenige Meter über den Dächern von Selchow zur Bruchlandung auf ein Wiesengelände vor dem BBI Flughafenzaun aufschlug, hatte die schlimme Katastrophe noch einen „glücklichen“ Ausgang. „Nur“ 7 verletzte Passagiere die einen Rundflug gebucht hatten und ein Flugzeug mit zerstörten Tragflächen und Leitwerken. Die Einwohner von Selchow und die Passagiere verdanken dieses Glück der fliegerischen Meisterleistung des Piloten.

Wir halten fest: Das war der 4. Absturz, diesmal ohne Tote, in unmittelbarer Nähe des Flughafens und der Besiedlung rund um den Flughafen. Dieser und die drei anderen Abstürze beweisen, dass die von der Planfeststellungsbehörde des Landes Brandenburg vorgelegten Risiko – Gutachten das Papier nicht wert sind auf dem die Behauptungen über ein nicht vorhandenes Absturzrisiko im Umfeld des BBI niedergekritzelt wurden. Dabei weiß jeder Experte, dass 90% der Flugzeugabstürze bei Starts und Landungen im Umkreis von ca. 14 km des Flughafens passieren. Schon aus diesem Grund werden weltweit neue Flughäfen nur in Regionen gebaut, in denen bei Abstürzen nicht unschuldige Bewohner von Siedlungen zum Opfer werden. Diese weltweite Erfahrung spielte für die Standortentscheidung BBI in Schönefeld keine Rolle. Die für diese Entscheidung verantwortlichen Politiker in Berlin und Brandenburg, ausnahmslos SPD, CDU und FDP, lassen es eben darauf ankommen. Mit ihrer Entscheidung, den Flughafen zwischen zwei Siedlungsbändern, mit 60.000 Bewohnern und Einkaufszentren, nehmen sie eine Großkatastrophe mit einer möglichen unübersehbaren Anzahl von Toten und Verletzten billigend in Kauf. Daran muss man erinnern und schon heute fest machen, wer die Verantwortung dafür trägt. In jedem Fall ist eine Entscheidung verantwortungslos, die nach dem Motto „es passiert schon nichts“ getroffen wurde und dabei ohne Rücksicht auf die Ängste der Anwohner sich für die Standortentscheidung auch noch feiern lässt.

Flughafenchef Schwarz – ein Manager auf Abruf

Spätestens seit bekannt wurde, dass Tausendsassa Wowereit (SPD) nun auch die Verhandlungen über neue Start- und Landegebühren mit den Fluggesellschaften führen will, darf man von einem baldigen Ende des Flughafenchefs Schwarz reden. Wenn diese Tatsache kein unheilbarer Vertrauensverlust in Schwarz ist, dann stellt sich die Frage: Was soll der Mann noch auf seinem Posten? Die nächste Frage lautet dann: Was versteht der Tausendsassa Wowereit von Start – und Landegebühren, die in ihrer Größenordnung auch über den betriebswirtschaftlichen Erfolg der FBS entscheiden. Die Fluggesellschaften jedenfalls können sich freuen wenn sie mit diesem „Fachmann“ verhandeln.

Aber vielleicht beruht der Vertrauensverlust von Schwarz auch noch auf einem anderen Grund. Jedenfalls pfeifen es die Spatzen vom Dach des neuen Flughafengebäudes, dass der eigentliche Skandal um Schwarz mit einer angeblich bewussten Desinformation über die Einweihungsverzögerung des BBI begründet sei.

Letzte Meldung-Tatsachen zur BBI Arbeitsplatzlücke

Der BBI-Flughafen in Schönefeld erfüllt die Erwartungen hingegen weiterhin nicht. „Der BBI-Motor läuft noch nicht, im Moment ist sogar die Bremse angezogen“, so Wilke (Arbeitsagentur Königs Wusterhausen-Anm. d. Red.). Wegen der Verschiebung des Eröffnungstermins um ein dreiviertel Jahr sei auch die Besetzung von Stellen ins Stocken gekommen, einige Arbeitsplatzangebote seien sogar storniert worden. „Wir gehen davon aus, dass der Schub für den Arbeitsmarkt erst wenige Monate vor der Eröffnung des Flughafens kommt“, sagte Marko Wilke.

(Märkische Allgemeine » Lokales » Dahme-Spreewald » Lokalnachrichten 30.07.2010 ARBEITSMARKT: Zeitarbeitsfirmen stellen wieder ein / Indikatoren für wirtschaftliche Erholung in der Region / Aber BBI-Motor stottert)

Kommentar des BVBB:

Davon ist nicht auszugehen. Denn mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Tegel wird der Traum von zusätzlichen Jobs endgültig ausgeträumt.